

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volkstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur: Emil Müller, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Bindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfaendtner & Co., Magdeburg, Große Märkische Straße 3. — Fernsprech. an: 1111 für Inserate 1567, für die Redaktion 1794, für den Verlag und die Druckerei 961. — Zeitungspreisliste Seite 351.

Bezugspreis: Vierteljährlich einschl. Aufstellung 4,50 M. monatlich 1,50 M. Beim Abholen vom Verlag und bei Ausgabestellen vierfach 4,20 M. monatlich 1,40 M. Bei den Postanstalten vierfach 4,50 M. monatlich 1,50 M. ohne Beleggeld. Einzelne Nummern 15 Pf. — Anzeigenpreis für die 16 Seiten 20 Pf. Anzeiger von auswärts 35 Pf., im Auslandsteil 50 Pf. Anzeigen-Nachporto geht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Bezahlung erfolgt. — Postleitzahl: Nr. 5338 Berlin.

Nr. 12.

Magdeburg, Mittwoch den 15. Januar 1919.

30. Jahrgang.

Die umworbbene Frau.

Es ist ein altes Vorrecht der Frau, umworben zu werden. Besonders, wenn sie jung und schön ist. Heute aber werden alle Frauen lebhaft umworben; in Wort und Schrift werden sie gebeten, ihre Stimme abzugeben für eine Partei und damit für die Neugestaltung des ganzen deutschen Verfassungslebens.

Da hat nun jede Frau die Verpflichtung, sich die Werber genau anzusehen.

Sie muss insbesondere prüfen, ob die Parteien, die jetzt an die Urteilstafel der deutschen Frau appellieren, auch früher schon sich um ihr Wohlwollen beklammert haben.

Sehen wir zu, wie sich die Dinge bisher abgespielt haben:

Alle bürgerlichen Parteien und reaktionären Frauenvereine, die bekanntlich Jahrzehntelang die „sozialdemokratischen Wahlrechtsweiber“ und den „Stimmrechtskunst“ höhnten, haben sich über Nacht in die wildesten Kampfsorganisationen für das Frauenwahlrecht verwandelt.

Als erste Partei, die sich hurtig der neuen Lage anzuwenden suchte, stand das Zentrum bereit. Schon am 24. November redete Dr. A. Sommerich in der „Germania“ dem Zentrum ins Gewissen, sich nur auf die Gewinnung der Frauen

zu verlegen. Aber er musste dabei ein Geständnis machen, wonach das Zentrum es redlich verdient hätte, von den Frauen einen Storb zu erhalten:

Leider kann die Möglichkeit, die wir (das Zentrum) dem Frauenwahlrecht und damit der politischen Ausbildung der Frauen gegenüber befunden haben, sich nun bitter rächen....

Von derselben Angst und Sorge bewegt zeigt sich das Zentrum auch in einem Artikel vom 30. November in der „Kölnischen Volkszeitung“ — von Angst und Sorge im Hinblick auf die Konkurrenz der Sozialdemokratie:

Seit langem hat die Sozialdemokratie das Frauenwahlrecht in ihrem Programm, und deshalb sind die Anhängerinnen dieser Partei am meisten politisiert worden.

Dann noch im selben Blatte am 20. Dezember:

Nur eine Partei hat es fertiggebracht, die Frauenschaft, die zu ihr gehörte, in weitestem Umfang zu politisieren. Es ist die Sozialdemokratie! Der von ihr geförderte Klassenkampf war eben nicht ohne intensive Einstellung in die Politik des Tages möglich.

Wie das Zentrum, so zeigten sich auch die Nationalliberalen und die andern bürgerlichen Parteien den Frauen gegenüber von beleidigender Kälte.

Am 27. November schrieb Edith Werner in der national-liberalen „Kölnischen Zeitung“ in einem dringenden Appell:

Die bürgerlichen Frauen sind bis in weite Kreise erstaunlich politisch interesslos, während die sozialistischen Frauen streng diszipliniert und parteipolitisch organisiert sind.

Dieselbe Verfasserin schrieb in der „Kölnischen Zeitung“ vom 29. Dezember:

„Am 25. Jahren sagte Bebel im Reichstag: „Auf welcher Seite in der großen Bewegung der Gegenwart die Frau steht, da ist der Sieg!“ Im Hinblick auf dieses Ziel hat die Sozialdemokratie seit 50 Jahren die Frauen parteipolitisch organisiert und politisiert — gut geschulte Frauentruppen wird sie darum am 19. Januar ins Treffen führen....

Die schwerindustrielle „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ schrieb am 26. November:

Die Sozialdemokratie hat die Frauen ihrer Genossen längst mit starker Energie für die politische Tätigkeit herangebildet. Sie werden auf dem Posten sein. Die bürgerliche Frau und Tochter steht dem vorläufig noch fahnenfähig gegenüber.

Im „Tag“ vom 7. Dezember schrieb Elise Troba-

nus:

Die bürgerlichen Parteien haben es bisher an der politischen Schulung ihrer Frauen grundsätzlich fehlen lassen. Nur die Sozialdemokratie hat erziehend gewirkt. Sie verfügt über die besten Rednerinnen und politisch orientierten Kämpferinnen. Sie hat tatsächlich an den Frauen ihrer Partei eine große Macht, die ihr auf alle Fälle die Stimmenmehrheit sichert.

Und Maria Nöckling aus Hamm bekannte im „Tag“ vom 21. Dezember: „Leider muss ich zugeben, daß die sozialdemokratische Frau geweckt ist.“

In der freikonservativen „Post“ wiederum schrieb Emma Stropp am 10. Dezember:

Dass sich die sozialdemokratischen Frauen ihrer Verantwortung bewusst sind und für ihre politische Überzeugung mit voller Hingabe eintreten werden, steht außer Zweifel. Sie sind seit Jahren parteipolitisch geschult, zum Teil in besondern Jugendorganisationen für die Werbearbeit in Familie, Beruf und Öffentlichkeit erzogen....

Wir Sozialdemokraten freuen uns ja dieser für uns in jeder Beziehung rühmenden Anerkennung der Verdienste, die sich unsere Partei um die Erweckung der Frauen erworben hat. Und so ist denn gut zu verstehen, daß angesichts der um so blamabler absteckenden Haltung der bürgerlichen Parteien die gewiß berechtigte Frage auftaucht — gestellt von Agnes Harder in der „Täglichen Rundschau“ vom 3. Dezember:

„Darf man denn überhaupt als anständiger Mensch gegen eine Partei stimmen, die als einzige bisher öffentlich das Frauenwahlrecht vertreten hat und es allen Frauen bei der ersten Gelegenheit zu erkennen hat?“

Giehe da! Solche vernünftigen und anständigen Überlegungen gibt's in der alddeutschen „Täglichen Rundschau“! Aber Agnes Harder findet dann doch den Mut, ihre Frage mit ja zu beantworten, obwohl sie selber eingestehen muss:

„Es ist freilich das Vorurteil gegen die bürgerliche Bevölkerung der Frau, wie wir erst vor einem Jahr bei den Verhandlungen im Abgeordnetenhaus sahen, bei allen bürgerlichen Parteien so fest eingewurzelt, daß wahrscheinlich keine das Frauenwahlrecht aus freier Wahl gegeben hätte.“

Komisch ist es, wie Marie Diers in der stockkonservativen „Deutschen Tageszeitung“ am 12. Dezember sich mit dem Frauenwahlrecht abfindet:

„Wir haben jetzt ein merkwürdiges Recht zugewiesen bekommen, so seufzt sie, ein Recht, daß die erdrückende Mehrheit der Frauen weder verlangt noch verstand, und das nur von einer verhältnismäßig sehr kleinen Anzahl großstädtischer Theoretikerinnen heilig befürwortet wurde. Ja ja, es sind schlimme Zeiten! Es heißt, Opfer zu bringen!“

Alle die Gründe und Bedenken, die wir früher gegen das Stimmrecht hatten, so sagt Marie Diers, gehen uns gar nichts mehr an. Wenn wir aus alter Gewohnheit oder Grundsatz versagen, kommen uns die geschlossenen Frauenehre der Sozialdemokratie über den Kopf.... Machen wir deshalb aus der Not eine Tugend. Führen wir Mütter und Selbst und unsre Töchter in die Politik ein.... Das Vaterland und das eigene Lebensinteresse verlangen es von jeder deutschen Frau.

Und nun beginnt die

Einführung der konservativen Frauen in die Politik. Gleich in der „Deutschen Tageszeitung“ am 16. Dezember wird es von „Herrn“ Dr. Georg Schiele besorgt. „An die Landfrauen des Kleinbauern, Handwerkers und Arbeiters“ stellt er die Frage: „Wollt ihr wissen, was Sozialismus ist?“ und beantwortet sie gleich selbst:

„Wenn man von euch die Milch von eurer Kuh verlangt — wenn ihr in dunkler Nacht in den Stall gehen, füttern und messen, aber die Milch euren Kindern wegnehmen und ablecken sollt: — das ist Sozialismus.“

„Wenn ihr mit mühseliger Arbeit ein Schwein großzieht und man nimmt es euch um 90 Mark weg, damit ihr euch ein Paar Stiefel für 100 Mark kaufen könnt: das ist Sozialismus....“

„Wenn ihr 12 Stunden in Mühen und Dreck arbeitet, dagegen die großstädtische Verkäuferin hinter dem Ladentisch nur 8 Stunden und dann in freuden Kleidern ins Kino geht.... das ist Sozialismus!...“

„Wenn der Bund der Landwirte seine Bundestagung abhält und die Genossen des „Herrn“ Dr. Schiele ihre heißen Damen gegen die „gefälligen“ Damen vertauschen — das ist.... doch halt, halt, das stand nicht mehr in Dr. Schieles „Einführung“.“

Doch auch die konservativen Mütter „führen ein“. Am 2. Januar schrieben dreihundzwanzig Frauen und Fräuleins, obligate Gräfinnen und dergleichen darunter, in der „Deut-

lichen Tageszeitung“ an die „deutschen Frauen“ in Stadt und Land:

In den Städten wird jede Sozialdemokratin, jedes Fabrikädchen zur Wahlurne gehen und hoffen, daß Bürgertum und die Landbevölkerung niedergestimmen und rechtmäßig zu machen. Gelingt ihnen das, dann ist für den christlichen Glauben in den Schulen keine Stätte mehr, dann wird die Religion abgeschafft und müssen unsre Kinder als Heiden aufwachsen. Dann werdet ihr von Haus und Hof vertrieben. Dann werden euch euer Bier und die Früchte eures Gartens genommen.

Ist das nicht schrecklich? Sollen die deutschen Frauen dulden, daß diese grauslichen und andern Zierden ihres Geschlechts auswandern und anderwärts ihren Kohl bauen?

Nein — die deutsche Frau muss am Wahltag wirklich beweisen, daß sie nicht auf der geistigen Höhe von — Bullelfaffen steht wie die Konservativen oder „Deutschnationalen“, wie sie sich heute nennen, anzunehmen scheinen. Jede denkende Frau kann nur eine Partei wählen, die sie selbst als gleichberechtigt anerkennt und die ihr das Wahlrecht auch für die Zukunft sichert.

Darum, ihr Frauen, ihr vielseitig beworbenen, gebt am 19. Januar eure Stimme nur der Liste Landsberg!

Beamte und Sozialdemokratie.

Von einem Beamten wird uns geschrieben:

„Es ist schon genügend erörtert worden, wie die Revolution überwältigend alles Alte gestürzt hat. Es ist kein Zweifel, daß viele Beamte erst mit ihrem Innern ins reine kommen mußten. Sie waren vom alten Drude noch so eingeflüster, daß sie nicht auf einmal voll ihr freies Staatsbürgertum erfassen konnten.“

Es gehört wirklich nicht viel Milie dazu, verstehen zu können, daß vor allem der kleine Beamte niemals politisch mit den heute umgetauchten alten Parteien zusammenarbeiten kann? Warum? Alle bürgerlichen Parteien, ohne Ausnahme, haben uns Beamte und die auf gleicher Stufe stehenden Volksgenossen als nicht gleichberechtigt anerkannt. Beweis: Landtagswahlrecht. Noch in den letzten Monaten des Krieges wollten uns die sogenannten Volksparteien als Staatsbürger dritter Klasse heimkehren lassen.

Es ist anders gekommen. Wenn so mancher die Frage aufwirft: „Wie war der Fall unsers tapfern Heeres in diesem Maße möglich?“, so hätte er draußen die Stimmung erleben müssen, als bei uns im Schützengraben die Meldung bekannt wurde, daß in Preußen das gleiche und direkte Wahlrecht wiederum abgelehnt sei. Seit dieser Zeit war es vorbei mit dem letzten Reste guten Glaubens für eine ehreliche Meinung der alten Parteien der Macht.

So wie es mit dieser Frage aussieht, genau so einfach ist die Frage zu beantworten betreffs der Beamten, die jetzt sich der sozialdemokratischen Partei anschließen. Gedacht haben schon die meisten von ihnen früher genau so, aber sie durften ihrem Dienstleid entsprechend nicht danach handeln. Was war die Folge? Eine innere Zerrissenheit, Unehrlichkeit und Heuchelei in politischer Beziehung. Man hat sich oben selbst belogen, und die Parteien, die sich jetzt über den Sturz des Thrones befreien, mögen sich an die Brust schlagen. Sie sind es gewesen, nicht die Sozialdemokratie, die den früheren Kaiser verhindert haben, ein dem Volke gegebenes Wort einzulösen.

Zum besseren Verständnis, weshalb wir Beamte in einem Teil uns für die Sozialdemokratie erklären, möge noch ein kleiner Hinweis dienen. Parteien, die es jahrelang dulden konnten, daß weibliche Beamte, die keinen eigenen Haushalt besitzen, gar nicht besitzen konnten, weil sie bei etlicher Verheiratung aus dem Staatsdienst ausscheiden mußten, mehr Wohnungsgeld bezogen denn wir als Familienbäder mit zum Teil großer Kinderzahl — solchen Parteien können wir kein Vertrauen auf soziales Verständnis für unsre Fragen entgegenbringen. Das ist nur ein Fall von vielen, die ich aber jetzt nicht alle anführen will und kann.

Wir Beamte, soweit wir uns der sozialdemokratischen Partei anschließen, sind nicht, wie man sich in einer Versammlung beliebte auszudrücken, vom Freiheitstaumel be-

fallen, nein, wir wissen, daß wir von den Parteien, die an manchen Stellen für Bewilligungen immer zu haben waren, aber sobald wir mit begründeten Wünschen kamen, stets den Finanzminister vorschoben, nichts zu erwarten haben. Man hat uns um 200 Mark Anfangsgehalt jahrelang bitten lassen. In derselben Zeit hat man an anderer Stelle Millionenverhöhung bewilligt.

Der Beamte nimmt im Staate, sei der selbe monarchisch oder republikanisch, eine Vertrauensstellung ein. Was das Pflichtgefühl anbelangt, werden wir ernstlich denkenden Männer auch niemals das Vertrauen täuschen, aber unser jahrelang getäuschtes Vertrauen zeigt uns jetzt den Weg, den wir zu gehen haben.

Wir leisten den zusammengevorsenen Parteien, die uns, als wir draußen kämpften, die politische Gleichberechtigung nicht zugeschlagen wollten, keine Vorspanndienste.

Man hat in einer Versammlung geführt, es könnte vielleicht mal wieder eine Zeit, wo man die Beamten an ihre Pflichten erinnern würde. Wir verstehen die Drohung und werden zu gegebener Zeit den Gehdehandschuh aufnehmen. In unsre Pflichten als Beamte im dienstlichen Interesse zu erinnern, ist nicht Parteiache. Eine Erinnerung an politische Pflichten nach der alten Schablone weisen wir entschieden zurück.

Wir werden, wenn erst eine Volksvertretung geschaffen ist, stets darauf bedacht sein, unsre Forderungen so einzustellen, daß nicht das Staatswesen, aber auch nicht wir darunter leiden. Nicht spartivistisch, nicht bolschewistisch, aber offen sozialistisch.

Keine Aufreizung zum Klassenkampf, wie man früher so gern gruselte; nein, eine freie politische Betätigung, ohne Heuchelei. Achtung der Autorität, von der wir als mitbewertende Staatsbürger auch Achtung gegen uns beanspruchen. Alle die Beamten, die sich dieser Meinung anschließen, wählen am 19. und 26. Januar die sozialdemokratischen Listen. Am 19. Landsberg, am 26. Koch.

Rechte — keine Wohltaten!

Mit Brot und Birkuspielen suchten römische Kaiser das Volk von den öffentlichen Angelegenheiten abzulenken und es zum gefügigen Werkzeug ihrer despotischen Herrschaft zu machen. Das Rezept ist heute noch nicht vergessen. Mit seiner Hilfe hat die christliche Kirche ihre Herrschaft über die Volksmassen festgestellt. Hatte sie in ihrer Jugendzeit die unteren Volkschichten durch die frohe Botschaft von der irdischen Glückseligkeit gewonnen und in dem unchristlichen Kommunismus die Erlösung aus sozialer Not verwirklicht, so organisierte sie im Mittelalter ein großzügiges System der Wohltätigkeit, das wiederum eine der festesten Grundlagen ihrer Macht bildete.

Das „tausendjährige Reich“, das der Stifter der christlichen Religion in dieser irdischen Welt aufrichten wollte, wurde in die nebelhafte Ferne des Jenseits verlegt; die zwielichtige Macht aufgestiegene Kirche proklamierte die Heiligkeit des Privateigentums und verteidigte die soziale Ungleichheit als gottgewollte Einrichtung. Statt Rechte gab es nur Wohltaten.

Eine Armee von Bettlern.

Hing von der Gnade der Kirche ab, Millionen Menschen waren mit ihrer ganzen Existenz an sie gebunden. Die „christliche Charitas“ wurde ein wichtiger Bestandteil des kirchlichen Organismus. „Wohltum tragt Zinsen“ — dieses biblische Wort übersetzte die mittelalterliche Kirche auf ihre Weise in die Praxis. Was sie an die Armen und Bedürftigen hergab von den gesammelten Spächen, das brachte ihr reichen Gewinn in der Form vermehrten Einflusses auf die Volksmassen, gesteigerter Macht und größerer Unabhängigkeit.

Die sozialistisch geschulte Arbeiterschaft vertreibt die korrumptende und den Menschen entwürdigende „Wohltäter“. Sie verzichtet darauf, unter den Läden der Reichen die Brotsammlen aufzulegen. Im Bewußtsein der gewaltigen Bedeutung der Arbeiterklasse verlangt sie

Rechte statt Wohltaten.

Der moderne Arbeiter hält und verabscheut die Wohltätigkeit, die ihn, den Mittelpunkt des gesellschaftlichen Reichtums, auf die Stufe des Bettlers hinabdrückt. Sein durch sozialistische Kenntnis gehärtetes Auge sieht hinter dem „Edelmut“ der Geber das „Trachennest von Lazarus“, von dem schon Goethes vielseitiger Freund Jung-Stilling in zorniger Anwallung redete; er kennt die Beweggründe, die den Arbeitgeber zum scheinhohen Wohltäter machen, durchdringt den Eigennutz und die Langeweile der Damen, die um der Freistellung oder des Liebesgetändels willen Wohltätigkeitsfeste besuchen und die Not zum Objekt ihres Sports missbrauchen.

Die gute Absicht dieser oder jener Geber in allen Ehren — oder die Wohltätigkeit isoliert den Armen in Elatenfesteln und zerstört seine menschliche Würde. Die Sorte Wohltäter, die nicht nach dem Bibelbuch handelt, doch die Linke nicht wissen durfte, was die Rechte tut, sondern nur gibt um des eigenen Nutzens willen, hat ja schon Heinrich Heine drastisch veripotet:

Einen ganzen Landesa
Gibt zu immer Gott; zahlt
Gott zu zu die Hunnenschäfe.
Ob der liebe Gott ihr sehr

Und Grillparzer hat die soziale Bedeutungslosigkeit des Almosengebras in einem Verse von schneidender Schärfe getrenntzudauer:

Des kleinen Hauses fürs andre Ball
Bild kommt und immer wärmer,
des dabei wird der arme Raum
Bei jedem Tage ärmer!

Die ganze Verlogenheit einer gesellschaftlichen Moral, die Armut und Elend jedesmalig um ihr Gewissen lädt und sich dann hinterher in der Rose der Wohltätigkeit gefällt, brandmarkt auch Lessing in seinem „Ratzen“:

Es was — es war nicht Gedanke,
Bei Hunderttausenden die Menschen drücken,
Plündern, plündern, martern, würgen und
Ein Menschenfreund im engelnen scheinen wollen!

Stein, die zum Klassenbewußtsein erwachte Arbeiterschaft will keine Wohltaten! Sie will die frakne gesellschaftliche Ordnung, aus deren Gebresten die Wohltätigkeit als notwendiges Uebel entsteht, durch den Sozialismus zu ersezten; sie will die jetzt bekämpfte Demokratie zu einem Uebel kulturell-sozialer Entwicklung machen und die Gesellschaft der Freien zu einer wirklichen Gesellschaft der Gleichen ausbauen. Erst der Sozialismus gibt dem Menschen seine Würde zurück. —

Schiffer, Schiele und Turno
Guchen Wählerseelen,
Doch das Volk sagt „nein!“ und so
Wird es Landsberg wählen.

Die Berliner Ereignisse.

Der neue Polizeipräsident von Berlin entwickelte in einer Unterredung mit einem Berichterstatter sein Programm über die zukünftige Gestaltung des Sicherheitsdienstes in Groß-Berlin. Sofort bei Amttritt seines neuen Postens hat Polizeipräsident, Genosse Richter, die Wiedereinsetzung der alten Schummernschaft in die Wege geleitet. Die Beamten erhalten ihre Waffen zurück und verbergen bereits ihren bisherigen Dienst. Sie sind mit denselben Befugnissen ausgerüstet wie früher. In einer Auflösung der republikanischen Soldatenwehr ist vorläufig aber noch nicht zu denken. Gerade diese Truppe hat der Regierung besonders wertvolle Dienste geleistet; sie soll, wenn sie aufgelöst wird, in den Beamtenkörper der Berliner Schummernschaft übernommen werden. Die Wehr ist bereits von allen unlauteren Elementen gesäubert.

Um der herrschenden Un Sicherheit zu steuern, sollen so bald wie möglich fliegende Wachen eingerichtet werden, die mit Kraftwagen ausgerüstet immer unter Alarmbereitschaft stehen, ähnlich der Feuerwehr. Außerdem aber sollen Patrouillen zu Fuß und in kleinen Autos Tag und Nacht alle Stadtteile durchstreifen, um der Verbrecherwelt ihr Gewerbe zu legen.

So hofft der Präsident, bald Berlin zu säubern und der Einwohnerstaat die Ruhe zurückzugeben. Auch die Kriminalpolizei wird beibehalten.

Die Wahlen gedenkt Richter mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu sichern, damit sie einen ordnungsmäßigen Verlauf nehmen, damit sie einen organisierten Feuerwehrdienst bestellt werden kann. Die starken Kommandos der Regierungstruppen sperren die Zugangsstraßen in weitem Umkreis ab und tragen Maßnahmen zur Bekämpfung der Spartakisten. Namentlich in der Zeit von 5 bis 6 Uhr abends werden sie heftige Feuerwehrzeichen ab. Zwischen den Gewehrschüssen vernehmen man das Geschrei vom Maschinengewehr und das Plänen von Handgranaten. Die Wachmannschaften hatten einen Toten und drei Verwundete.

Die allgemeine Schieherei hielt im Laufe des Montags überhaupt noch an. Am Schiffbauerdamm kam es zu schweren Plänkeln. Einzelne Häuser, von denen geschossen wurde, wurden durchsucht und Verbrechern festgenommen. Sehr lebhaft ging es auch am Schlesischen Bahnhof zu. Die Truppen, die den Bahnhof besetzt halten, befinden sich in dauerndem Alarmzustand. Immer wieder wird von den Dächern in der Koppen-, Kraut- und Andreasstraße geschossen, immer wieder dringen die Truppen in die Häuser und verhören alle Personen, die sich nicht ordnungsmäßig ausweisen können. Um 5 Uhr pflanzte sich die Schieherei, die in der Gegend des „Borwärts“ anfing, bis zum Zeitungsviertel fort. Aus der Dunkelheit erkönnten an allen Ecken und Enden Schüsse und prasselnde Handgranaten auf das Pflichter. Die Passanten flüchten, die Truppen verlangen freies Schußfeld, und die wenigen Straßenbahnen, die sich in der Gefahrenzone befinden, hüpfen verdunkelt über die Straßen. Nach einer Stunde trat wieder Ruhe ein. Es gelang vier Spartakiden von den Dächern zu holen.

In der Kaserne des Franz-Regiments in der Blücherstraße ziehen wiederholt Schüsse, die von den Wachen erwidert wurden. Die Wachen werden nicht entdeckt. Ferner wurde in der Breitenauer Straße 2 ein Rest von Spartakiden ausgehoben. Dort hatten mehrere Soldaten Waffen und Munition gesammelt. Regierungstruppen verhältnisweise die Wohnungsinhaber, darunter eine Frau.

Der gesamte Menschen- und Wagenverkehr in der Pelle-Milane-Straße war bis 10 Uhr abends abgesperrt. Mehrere Spartakiden wurden von den absperrenden Regierungstruppen festgenommen. Um 11 Uhr abends begann es in der Umgebung des Anhalter Bahnhofs lebhaft zu knallen. Aus Fenstern und von Dächern wurde in der Königgrätzer Straße und in den Nebenstraßen auf die Soldaten der Sicherheitswehr geschossen. Wenige Minuten später ging es am Holzlehrer Tor wieder los. Von dem Dach des Eichendorff-Gymnasiums sprangen Spartakisten herunter. Bald entwölfe sich ein lebhafte Gefechter. Die Spartakiden haben den Krieg eröffnet, nachdem sie den gesuchten Kampf verloren haben. Auf der Dachterrasse wird noch kein Ende nehmen. —

Räuberien und Plünderungen.

Ganz nach Art der Räuberinnen haben die Spartakiden in der letzten Woche in Berlin gehaust. Kunden, bis an die Zähne bewaffnet, überfielen Geschäfte und raubten je höchstens. So entzieren in der Nacht zum Sonnabend etwa 30 Zivilisten und Soldaten auf einem Kaufhauswagen vor dem Goldwarengeschäft von Gemahl in der Großen Frankfurter-Straße Ecke Kappes preis. Sie überbrachten die herabgelöschte eiserne Postwand mit Handgranaten und drangen durch die zertrümmerte Schaufensterplatte in das Geschäft ein, wo sie Goldwaren, Uhren und Schmuck sahen einsackten. Wahrend die Räuber in dem Laden „arbeiten“, wandten mehrere Spartakiden mit Gewehren Feuer. Zwei Soldaten des Sicherheitsdienstes, die in einer Seitenstraße patrouillierten, wachten die Einbrecher teilnehmen. Es entpuppte sich ein Gemeinschaft bei dem die Spartakiden die beiden Soldaten tödlich bewußtsetzen.

Auch im „Borwärts“-Betrieb hat Spartakus geplündert wie ein Rabe. Was auch mir den Anschein eines Gewerkschaftsraumes habe, ist fortgeschleppt. Schließlich haben die Räuber an ihrer platzigen Platz ein gesenges Lager von Diebstahl garnicht wünschen. Es stand mehrere wertvolle Silberstücke (Geldstücke, Schmuck, Läden) vor, die vollständig aus Diebstahl bestanden. Auch die vollständige Gerätierung für eine sozialistische Feldabendmahlzeit befand sich unter der Güte der Räuber des Spartakusherrichter. Der Schaden, den die

Banden der im „Borwärts“-Hause wohnenden Weinstube Brand durch Diebstahl zugefügt haben, wird auf 45 000 Mark angegeben.

Von den Inhabern der Firma Hugo Fischer u. Co., die im Hause des „Borwärts“ belegten ist, wird mitgeteilt, daß die spartivistische Belästigung des Hauses vieles Silberzeug und andre Wertgegenstände gestohlen hat.

Am Freitag hielten die im Wolff-Bureau verschwanden Spartakusleute frühmorgens in der Charlottenstraße einen Transportwagen mit Hängern, der der Milchforschungsanstalt Schweizerhof gehörte und mit leeren Milchkannen zum Bahnhof unterwegs war, an und forderten die Auslieferung des Wagens. Als der Chauffeur sich weigerte, schossen sie ihn ohne weiteres vom Fuhrerstuhl und nahmen die beiden Fahrzeuge an sich. In den Schweizerhof schickten sie einen Bettel des Inhalts: „Auto durch Unfall des Chauffeurs führerlos angetroffen. Auto beschlagnahmt.“ —

Eine Erinnerung.

Die bürgerlichen Parteien behaupten, daß die Revolution verschwendisch gewirtschaftet habe und belegen diese Behauptung mit dem Hinweis auf Einzelsfälle, bei denen Mitglieder der Arbeiter- und Soldatenräte hohe Entschädigungen erhalten haben.

In wlicher Weise mit den Groschen der Steuerzahler unter dem alten Regime gewirtschaftet worden ist, wie die „alten Machthaber“ entzweitigt wurden, haben die Vorredner des alten Systems, wie es scheint, ganz vergessen. Wir wollen ihr Gedächtnis auffrischen. Es erhielten:

	im Jahre	an einem Tage
Wilhelm II.	2120000	58082
König von Bayern	6865734	18810
König von Sachsen	4091456	11209
König von Württemberg	2400000	6575
Großherzog von Baden	1796128	4920
Großherzog von Oldenburg	655000	1808
Großherzog von Hessen	1410000	3863
Großherzog von Sachsen-Weimar	1020000	2794
Herzog von Braunschweig	1125322	3083
Landesfürstente v. Sach.-Mein.	394286	1080
Landesfürst v. Sach.-Anhalt	250000	684
Fürst v. Schwarzg.-Ludwigs.-Sondersh.	333367	914

41541593 Mt. 113826 Mt.

Die Arbeiter- und Soldatenräte haben zudem mit vielen hundert bezahlten Sinekuren der alten Machthaber größtlich aufgeräumt. Es gab zahlreiche Stellen, die vielfach von ehemaligen Offizieren mit hohem Gehalt besetzt waren, die jetzt aufgehoben sind. Die Arbeit wird von den Arbeiter- und Soldatenräten geleistet in einer Entschädigung, die oft nur einen geringen Bruchteil der früher gezahlten Gehälter ausmacht.

Der Weltkrieg hat neben dem vielen kostbaren Blute 150 Milliarden Mark verschlungen. Dagegen wenden sich diejenigen, die gegen die Arbeiter- und Soldatenräte hezen, mit seinem Worte. Volk, vergiß du es nicht! Am Wahltag ist Zähltag! —

Die Wahltätigkeit unterbunden?

Wie die „Hamburger Nachrichten“ melden, hat der Kuxhavener A.- und S.-Kai nach der Ausrufung der sozialistischen Republik sämtliche Banken, Sparstellen und Kreditanstalten unter seine Verwaltung gestellt. Durch das Vorzehen der Kuxhavener Matrosen, deren Vorposten 29 Kilometer vor Stade stehen, ist der Kuxhaven und den beiden preußischen Kreisen, die zum Hamburger Wahlkreis gehören, jede Wahltätigkeit unterbunden. Die Vertrauensmänner der Deutschen Volkspartei sind angeblich unter Androhung der Verhaftung verpflichtet von jeder Wahlmöglichkeit abzuheben. Sowohl Parteidienstler von den Matrosen entdeckt wurden, wurden sie von ihnen beschlagnahmt.

Wenn die ganze Meldung nicht ein bürgerlicher Wahlgemindert ist — man muß heute ja an vieles glauben! —, dann muß allerdings gegen das Vorgehen der Matrosen gerade vom sozialdemokratischen Standpunkt schärfster Protest eingelöst werden. Hoffentlich bringt die Regierung auch die Kuxhavener zur Vernunft, bevor ein militärischer Diktator aus der Ermittlung des Volkes gegen den spartivistischen Unzug die Kraft zieht, eine wirkliche Gegenrevolution zu injizieren. —

Lehren der Wahlen.

Bei den auf Grund des neuen Wahlrechts am Sonntag stattfindenden Wahlen zur Stadtvertretung in Chemnitz gaben von 175 000 Wahlberechtigten 134 642 ihre Stimmen ab. Davon erzielten die Sozialdemokraten 75 415 und 34 Sitze, die Konkurrenten, die als „Bürgerlicher Wahlverein“ firmierten, 26 705 und 12 Sitze, die Deutschen Demokraten nur 18 238 Stimmen und 8 Sitze.

Die Unabhängigen blieben mit 7294 Stimmen und 3 Sitzen, wie überall in den verschwindenden Minderheiten. Eine eigene Liste der Partei der Privatangehörigen erzielte noch 7288 Stimmen und ebenfalls 3 Sitze.

Die Unabhängigen haben also auch in Chemnitz, wo sie während des Krieges eine besonders lebhafte Agitation entfaltet hatten, nur eine beschämend geringe Stimmengabe auf sich vereinigt. Sie erleben dort daselbe Schicksal wie in allen bisherigen Wahlen. So wurde in Wittenberg, über dessen Landeswahlen wir schon berichtet, für die Unabhängigen nur 3,1 Prozent der Stimmen abgegeben, während die alte Partei 34,5 Prozent aufwies und damit weitauß an der Spitze aller Parteien marschierte.

Dasselbe Resultat wird für die Unabhängigen auch die bayrische Wahl ergeben, über die bisher noch keine abschließende Ziffern gegeben werden können. Aber schon aus den bis jetzt vorliegenden Zahlen ist zu erkennen, daß die Unabhängigen wie in Chemnitz kaum den zehnten Teil der Stimmen erhalten, die für die alte Sozialdemokratie abgegeben werden. Hier ein Resultat aus München im Staat und Land:

Sozialdemokratische Partei	165737	Stimmen
Deutsch-demokratische Partei	6519	"
Bayrische Volkspartei (Centrum u. Freiheitspartei)	89051	"
Unabhängige soz. demokratische Partei	16517	"
Nationalsoz. Partei in Bayern (Mittelpartei)	4593	"

Für einige kleinere Parteien wurden noch zusammen einige tausend Stimmen gezaubert, die bei der Entscheidung aber keine Rolle mehr spielen.

In München ist der Unabhängige Eisner Ministerpräsident, München ist der Hauptfigur der unabhängigen Bewegung in Bayern. Aber selbst dort bleibt die Splitterpartei nur ein Parteipräsidium.

Auch in Braunschweig sind die Unabhängigen mit dem Ergebnis der Landes- und Gemeindewahlen durchaus nicht zufrieden. Es erhielten dort nach endgültiger Zählung Sozialdemokratische Partei 58 708 Stimmen (17 Mandate), der bürgerliche Rück-

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 12.

Magdeburg, Mittwoch den 15. Januar 1919.

30. Jahrgang.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 14. Januar 1919.

Pünktlich zur Wahl gehen!

Der Magistrat schreibt uns:

Bei der großen Zahl der Wähler in den einzelnen Stimmbereichen ist es dringend erforderlich, daß die Wähler möglichst frühzeitig zur Wahl erscheinen. Im eigenen Interesse der Wähler liegt es daher, nicht erst nachmittags oder gar erst gegen Schluß der Abstimmung zur Wahl zu erscheinen, da nach der Wahlordnung abends 8 Uhr die Abstimmung geschlossen werden muß und nach dieser Zeit der Wahlvorräte keinen Stimmzettel mehr entgegennehmen darf, auch nicht von solchen Wählern, die sich bereits vor 8 Uhr im Wahllokal befinden haben. —

Versammlungen der Unabhängigen.

Die Unabhängige sozialdemokratische Partei entfaltet nunmehr auch einige Versammlungstätigkeiten. Am Montag wurden von ihr drei öffentliche Versammlungen abgehalten, heute abend sollen weitere zwei stattfinden.

Die Versammlung im Wahlall-Theater war stark besucht, darunter von vielen Anhängern der Mehrheitspartei. In sachlicher und verständlicher Weise referierte Großes über die Wahlen zur Nationalversammlung. Der alte Ehr. ried, den das Referat zurückgelassen hatte, wurde durch die fast auswändige Diskussion vollständig verdrängt. Da gab es für die Unabhängigen nur einen Gruß im Wahlall: die Mehrheitspartei. Die Bürgerlichen Parteien schienen für sie überhaupt nicht zu existieren. Die „Volksstimme“ und die Blätter der alten Partei waren in G und und Boden verstreut. Ein Wunsch nach einer baldigen Entwicklung in der Arbeitsetat ist zwar in Erwähnung und sie wuchs kommen, so meinten sie, wenn auch über die Köpfe der Führer hinweg. —

In Buckau hatten sich etwa 300 Besucher zusammengefunden, darunter auch Anhänger der alten Partei. Es wäre die Versammlung, nach 20 Minuten Dauer wieder zu Ende gewesen. Dann der H. uppten D. derka, der die Besucher mit Freunde, Brüder, Schwestern anredete, war mit seinem Vortrag, den er in einem oft ein pastoralen Pathos hielt, nach einem Vierstünchner zu Ende. Die Perlen seiner Rede waren die Worte: „Bluthunde, Volksverräte, Blutherrschaft!“ Im übrigen verzichtete er die Versammlung auf eine neue Regerung, die in wenigen Wochen ihr Amt antreten, und für Brot sorgen wird. Grüne und Rote sind beschäftigt, sich dann in längeren Aussführungen mit der Haltung der alten Partei und der jetzigen Regerung. Sie verlangten Sozialisierung, aber nach und nach. Natürlich schoben sie die Schuld an den Vorgängen in Berlin der Regerung Ebert-Scheidemann zu. Gegen das Bürgertum läßt man mit Gewalt vorgehen, aber die Anhänger des Spartakus müsse man mit gewaltsamen Waffen bekämpfen. Auch die Machinengewehre der Spartakiden? —

In der „Thalia“ in Buckau tagte eine Versammlung, in der Kritik über die Kriegspolitik der alten Partei und der Unabhängigen die Ursachen der Spartakusbewegung, die Sozialisierung und andere Fragen prach. Über die Bedeutung der Nationalversammlung und der Wahlen am Sonntag ließ er wenig verlauten. Es hält die Wahl für verfrüht. Es stimmte manches nicht in den geschilderten Angaben sowohl als auch in den Erklärungen von Zusammenhängen. Die Kritik, die der Redner von dem alten Regime übte, seine Ausführungen über die Kriegswirkungen waren aber im allgemeinen so gehalten, daß auch ein Wertheitssozialist einverstanden sein konnte. Wenn der Redner nicht nach jedem Abzug seinen auftragenden Angriff auf die „Regerungssolidarität“ gerichtet hätte, könnte vielleicht auf kurze Zeitspanne die Meinung ankommen, man wäre gar nicht in einer Versammlung der Unabhängigen sondern in einer Versammlung sozialistischer Arbeiter schlechthin. Selbstverständlich bemühte man sich aber wieder, Erinnerungsstücke zu ziehen. In der Diskussion wurde über mancherlei gesprochen, nur nicht über die politischen Notwendigkeiten unserer Lage.

Parteigenossen und Funktionäre im Stadtteil Buckau. Am Dienstag den 14. Januar, gleich nach Schluß der Arbeit Treffpunkt in der „Thalia“ zur Flugblattveröffentlichung. Wem an dem Wahltag der sozialdemokratischen Mehrheitspartei gelegen ist, der darf nicht fehlen. —

Bilder von der Massendemonstration am Sonntag sind im Postfotostudio in der Buchhandlung Volksstimme zu haben. Die Aufnahmen zeigen recht charakteristische Partien. Ein Bild kostet 25 Pfennig. —

Funktionäre und Wahlhelpler im Stadtteil Magdeburg-Altestadt. Am Mittwoch den 15. Januar Flugblattveröffentlichung. Wem am Siege der alten sozialdemokratischen Partei gelegen ist, der darf bei dieser wichtigen Aufturkungsarbeit nicht fehlen. Treffpunkt gleich nach Arbeitsbeginn, also zwischen 4 und 5 Uhr nachmittags, bei Eduard Hötz, Tischlereistrasse 22. —

Sämtliche Schilder und Transparente, die zum Umzug am Sonntag gebraucht wurden, bis spätestens Freitag im Wahlbüro, Georgenplatz 10, parterre, abzugeben. —

Versammlungen für Wählerinnen. Am Mittwoch, Donnerstag und Freitag dieser Woche finden noch öffentliche Wählerinnenversammlungen statt. Beamtinnen und Beamtenfrauen tagen am Mittwoch, nachmittags 2½ Uhr im Saale des „Schwarzen Adlers“ in Buckau. Am gleichen Tage, abends 8 Uhr, versammeln sich die Wählerinnen der Alten und Neuen Neustadt im Saale zur „Börse“, Lüneburger Straße 13. Am Donnerstag, abends 8 Uhr, kommen die Frauen und Jungfrauen in der Wilhelmstraße „Harmonie“ zusammen und am Freitag um 8 Uhr abends ist für die Wählerinnen des Stadtteils Sudenburg im Saale des „Feststellers“ eine öffentliche Versammlung vorgesehen. Referenten sind Frau Hartmann, Arbeitsschreiber Bernick, Redakteur Klühs und Frau Bosse. Die in diesen Wochen stattgefundenen Frauenversammlungen waren ausnahmslos stark besucht. Sie legten Zeugnis von dem äußerst rege politischen Interesse der Wählerinnen ab. Die Wahlbereitung hat ihren Höhepunkt noch nicht erreicht. Die kurze Zeit, die bis zum Wahltag noch zur Verfügung steht, muß deshalb von unseren tüchtigen Genossinnen zur stärksten Bereitschaft ausgenutzt werden. Der Erfolg wird dann nicht ausbleiben. —

Richtigstellung. In der amtlichen Bekanntmachung der Wahlbezirke und Wahllokale, die gestern in der „Volksstimme“ veröffentlicht wurde, war ein Fehler enthalten. Das Wahllokal für den 206. Wahlbezirk ist nicht Martinistraße, sondern Marienstraße 1/2. —

Wahlrecht der Heeresangehörigen. Auf eine vom Wahlkommissar für den Wahlkreis Regierungsbezirk Magdeburg-Inhalt an das Ministerium des Innern in Berlin gerichtete Anfrage, wie sich die Heeresangehörigen, die nicht in der Wählerliste stehen, bezüglich ihrer Wahlberechtigung zur preußischen Landesversammlung ausweisen können, da die Bescheinigung gemäß § 2 der Verordnung vom 28. Dezember 1918 bei der Stimmburgabgabe zur Nationalwahl bestimmungsgemäß abgenommen wird, ist folgender Bescheid erteilt:

„Preußische Regierung wird Reichsverordnung vom 28. Dezember 1918 auf preußische Wahlen ausdehnen. Truppenteile werden zweite Bescheinigung für preußische Wahlen ertheilen.“

Die in Frage kommenden Personen müssen die fragliche Bescheinigung rechtzeitig bei ihrem Truppenteil beantragen. —

Die Ortsgruppe des Reichsbundes der deutschen Kriegsgefangenen hält am Abend nächster Woche im Bürgersaal des Rathauses eine öffentliche Versammlung ab, zu welcher durch eine Annonce eingeladen werden wird. Extrafeierliche Neuanordnungen zur Mitgliedschaft werden noch von Frau Dr. Pöhl, Wilhelm-Glaube-Strasse 9, gern entgegengenommen. —

Bom unerlaubten Brotmarkenverkehr. Von der Bürgerwehr wird uns geschrieben: Für die Allgemeinheit sehr bedauerliche Vorkommnisse sind neuerdings von der Bürgerwehr in Gemeinschaft mit der Gewerbeaufsicht aufgedeckt worden. Während wir fürstlich feststellen mußten, daß auf dem Lebensmittelamt gebrauchte Brotmarken durch Angestellte dieses Amtes gestohlen wurden und neu in den Verkehr gelangten, erfahren wir weiter, daß auch in der unter Aufsicht des Lebensmittelamtes stehenden Druckerei von B., in welcher alle Lebensmittelmarken mit Ausnahme der Budermarken hergestellt werden, von der größten Anzahl der Angestellten seit mindestens 1 Jahr eheblige Veruntreuungen an Lebensmittelmarken vorgekommen sind. Wir sind der Sache auf den Grund gegangen und haben leider feststellen müssen, daß die Aufsicht über die Papierwaren sowie im Drucksaal höchst mangelhaft war. So lagerte das Druckpapier als Wertpapier (mit Farbdruck) ungezählt in einem offenen Kesselhaus bzw. im Maschinenraum. Die Abzählung der Lebensmittelmarkenbogen und die Rückzählung der hieraus hergestellten Lebensmittelmarken geschah lediglich durch eine frühere Angestellte. Bedenkt man, daß ein Druckbogen 200 Brotmarken enthält, und daß jede Brotmarke einen Kurzwert von 3 Mark hat, so muß jeder Einzelne bei der großen Knappheit an geteilten Lebensmitteln einsehen, daß die ausgenutzten Arbeiter und Arbeitnehmer der Versuchung nicht widerstehen konnten, und sich Nebenverpflegung und Nebengeld verschafft haben. Kann auch ihre Verfehlung nicht entschuldigt werden, so müssen wir mit allem Nachdruck aber feststellen, daß die Hauptfördel in der ungenügenden Kontrolle zu suchen ist. Lebensmittelmarkenbogen, die heute in hohem Geldwert stehen, dürfen nicht wie Zeitungspapier in offenen Schuppen und in Räumen gelagert werden, die jedermann zugänglich sind. Denken wir weiter davon, daß die Aufsichtspersonen des Lebensmittelamtes in der Druckerei neben der geringen Leistungszulage das fürstliche Honorar von 150 Mark monatlich erhalten, so kann jeder ermessen, mit welchem Interesse diese Herren ihr Amt verfehlten haben, zumal sie von 7 Uhr früh bis 6 Uhr abends mit 2 Stunden Mittagspause ununterbrochen beaufsichtigen sollten. —

Aenderung der Gaspreistunden an den Wahltagen. Rücksicht auf erforderliche Möglichkeit einer ausreichenden Belichtung der Wahllokale am 19. und 26. Januar werden die jetzt laufenden Gaspreistunden an den beiden genannten Tagen auf die Zeit von 9 bis 11 Uhr vormittags, 2 bis 4 Uhr nachmittags und 12 bis 6 Uhr nachts abgedeutzt. Die Gasleitung erfolgt demnach an den Wahltagen früh bis 9 Uhr und abends bis 12 Uhr.

Feuer in einer Fabrik. In der Nacht vom Montag zum Dienstag, kurz nach 11½ Uhr, geriet auf dem Fabrikgrundstück Rogäser Straße 35 die innere Einrichtung und das Dach des Maschinenhauses in Brand, und zwar vermutlich infolge Herausfallsen glühender Kohlen aus der Kesselfeuerei. Das Feuer konnte nach etwa einstündiger Tätigkeit von dem Löschzug der Nachts-Meistag mit zwei Schlauchleitungen gelöscht werden. —

Straßenunfall. Beim Besteigen der Straßenbahn auf dem Breiten Weg in der Nähe des Alten Marktes stieß Herr D. wohnhaft Halberstädter Straße 12, aus, wurde ein Stück umgeschlagen, und verletzte sich dabei am linken Arm so stark, daß er dem Altstädtischen Krankenhaus zugeführt werden muß. —

Theater, Konzerte etc.

Stadttheater. Heute Mittwoch „Der Widersprüchige Jährling“. Donnerstag „Abreise“, hierauf „Alou Hassan“. Freitag „Carmen“. Sonnabend nachmittag „Peterchens Mondfahrt“, abends „Sappho“. Sonntag „Siegfried“. —

Vereins-Kalender.

Frauenversammlung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei jeden Donnerstag, abends 8 Uhr, bei Mollenhauer, Große Jünterstraße 18. —

Beamtenversammlungen. Drei große öffentl. Beamtenversammlungen finden am 15. und 16. Januar statt. Näheres siehe Anschlagtafel.

Beamteninnen und Beamtenfrauen. Mittwoch den 15. Januar, nachmittags 2½ Uhr, spricht Frau Hartmann über: „Wahlrecht der deutschen Beamten und Beamtenfrau“ in der Reichshalle, Kaiserstraße. —

Jugendheim, Grünewaldstraße 14. Werktag 7—8 Uhr abends für jeden jungen Mann geöffnet. —

Deutscher Monistverein und Dreitreligiöse Gemeinde. Donnerstag den 16. Januar, abends 8 Uhr, öffentliche Versammlung in der Gemeindehalle, Marschallstraße 1. —

Arbeiter-Sängerkorps Magdeburg. Dir. Kapellmeister W. Neuling. Jeden Mittwoch, abends 8½ Uhr, Übungsstunde in Kortes Biehals, Eingang Margaretenstraße. —

Neue Neustädter Arbeiter-Vereinigung. Mittwoch Übungsstunde in der Harmonie, Nöllplatz. —

Obersiedl. Arb.-Gef.-Verein Freundschaftskreis. Mittwoch den 15. Januar, abends 7 Uhr, Übungsstunde bei Maydörr. —

Turnverein Fichte (A.T.). Abt. Alte Neustadt und Altstadt. Turnstunden für Männer-Abteilung Dienstag und Freitag, Damen-Abteilung Mittwoch von 7½—8½ Uhr in der Turnhalle Alte Neustadt, Stendaler Straße 10, nicht mehr Nachtwende 88. —

Sozialdemokratischer Verein. Donnerstag. Mitglieder-Versammlung bei Heller, Harburger Straße 19. —

Freie Turnerschaft Burg. Am Donnerstag den 16. Januar, abends 7½ Uhr, Generalversammlung im Kronprinz. —

Wasserstände.

	+ bedeutet über, - unter Null.
Gardubig.	13. I. — — —
Brandenburg.	13. I. — — —
Melnit.	— — —
Leimritz.	14. I. — — —
Auflig.	— 0,67-0,18
Dresden.	— 1,66-0,10
Torgau.	— + 2,79-0,08
Wittenberg.	— + 2,21-0,09
Altan.	13. I. + 2,51-0,08
Börb.	14. I. + 2,50-0,08
Magdeburg.	— + 1,91-0,09
Langermund.	— + 3,12-0,08
Wittenberge.	— + 2,90-0,09
Lenzen.	13. I. — — —
Zömiß.	— — —
Dorau.	12. I. — — —
Boizenburg.	13. I. — — —
Großröhrsdorf.	14. I. — — —
	Gabel.
Brandenburg.	13. I. + 0,66-0,08
Oberpegel.	— — —
Brandenburg.	13. I. + 2,20-0,08
Unterpegel.	— + 1,52-0,02
Kathenow.	— — —
Oberpegel.	— — —
Kathenow.	— — —
Unterpegel.	— — —
Havelberg.	— — —

Wettervorhersage.

Mittwoch, 15. Januar: Seitweise neblig, vorwiegend trocken, Temperatur nahe Null. —

X Diebstahl an einem Pferde. Am 13. d. M. ist aus einem Stall in Biederitz ein Pferd, Rappe mit kupiertem Schweif, gestohlen worden. Sachdienliche Mitteilungen erbittet die Kriminalpolizei. —

Provinz und Umgegend.

Damenwahl.

Ein frisch-froher Wahlaufruf an unsre Frauen.

Deutsche Frauen, ihr Geliebten,
Denkt des goldenen Friedens Reigen,
Wo einst lustige Musikkanten
Aufgespielt mit ihren Geigen!
Denkt der alten frohen Feste,
Mit den freuden sonder Zahl,
Sagt, was war vom Tanz das beste? Damenwahl!

Doch die letzte heilige Tanz
Brach im Weltturnier — darum
Nach dem wilden Kriegstanz
Ander's tanzt man jetzt herum!
Nicht in goldner Leuchter Glanze,
Nicht in goldner Kahl bunal
Geht der Tanz — nein auf die Schanze
Steigt die Frau zur Damenwahl!

Und die Frau senkt ihre Stimme
In die Urne nun hinein:
Heißt' gut, hell erglühme!
Dieser soll mein Tänzer sein!!
Wohl in Kleinen siehn die Werber:
Schwarzgold und national,
Schwarzbestickte Rosärbär —
Den Juan zur — Damenwahl!

Doch dort haben rote Reiter
frei ihr Fähnlein aufgepflanzt
Und des Frauenvolksrechts Streiter
Rufen froh: „Hier wird getanzt!“
Deutsche Frauen, kommt und wählet
Demokatisch — doch sozial!
Jede eurer Stimmen zähltet,
Bis dem Volksstaat euch vermalet
Stolz das Recht der Damenwahl!!!

2. Januar 1919.

Fritz Gille.

Wahlkreis Wanzleben.

Wanzleben, 14. Januar. (Viele Landsberg.) Eine in Bückmanns Hotel abgehaltene Wählerversammlung nahm die Ausführungen des Genossen Schröder mit vielen Beifall entgegen. In der regen Ausdrucke wurde von allen Seiten aufgerufen, nur die Liste Landsberg am 19. Januar zu wählen. Eine vorgenommene Tellerabstimmung ergab den Betrag von 74 %, die dem Wahlkunds überwiesen wurden. —

Lemnitz, 14. Januar. (Die Mitglieder) des sozialdemokratischen Vereins werden dringend erucht, in der am Donnerstag stattfindenden Versammlung bei Hesse, Harzburger Straße, um 7½ Uhr zu erscheinen. Außerordentlich wichtige Sache müssen besprochen werden. —

Wanzleben, 14. Januar. (Eine öffentliche Versammlung) wurde am 12. Januar hier abgehalten, in der Genosse Silberschmid über „Sozialdemokratie und Nationalversammlung“ sprach. In der Diskussion hielt die Vorsitzende der Frauengruppe des Sozialdemokratischen Vereins, Frau Hartwig, eine Ansprache, mache die Frauen besonders auf ihre Flucht am 19. Januar aufmerksam und brachte ein Hoch auf die deutsche Sozialdemokratie aus. —

Westereggeln, 14. Januar. (Eine imposante Wählerversammlung) fand am Sonnabend in Drewes' Saal statt. Männer und Frauen des Arbeiterstandes sowie Beamte waren zahlreich vertreten. Die Versammlungsbesucher fanden keinen Eintritt. Genosse Hahn behandelte das Thema „Sozialdemokratie und Nationalversammlung“. Die alte Partei hat die Kriegstreüte nur zur Verteidigung des Vaterlandes, um Haus und Heim zu schützen bewilligt. Sie hat sofort nach Ausbruch des Krieges der Regierung den Weg vorschlagen, um die Lebensmittel zu sichern, die zur Ernährung des Volkes notwendig waren. Die alte Regierung folgte diesen Ratschlägen nicht. Sie trug als Within die Schuld an der hohen Sterblichkeit, welche die schlechte Ernährung mit sich brachte. Das Hilfsdienstgebet sowie der uneingeschränkte U-Bootkrieg wurden einer eingehenden Kritik unterzogen. Die Befreigungen ließ die Wahrheit nicht durch. Dass die Waffenstillstandsverhandlungen so hart ausfielen, ist die Folge des Friedens von Brest-Litowit. Das Verhalten der Unabhängigen und Spartakisten wurde gebührend unter die Lupe genommen. Weiter sprach dann über die neuen Freiheiten der bisherigen Partei. Zugleich hielt immer gegen eine freie Wahl gewünscht haben, bislang sie fest mit die Gunst des Volkes. Das jüngste Wahlrecht haben wir der neuen sozialistischen Richtung zu verdanken. Zum Schluss forderte der Redner die Versammlung auf, um Zeuge der Söhnen für die sozialdemokratische Liste zu stimmen, damit eine sozialistische Mehrheit bei der Nationalversammlung antrate. Die bürgerlichen Parteien würden bei einem Sieg des jüngsten Wahlrechts wieder zurücktreten, machen. Bevor der Beschluss wurde dem Redner gezollt. Die Versammlung zeigte, dass sie geschlossen hinter der Regierung Ebert-Scheidemann steht. In der Diskussion meldete sich der Unabhängige Anselm zu Wort. Er

Die Erde.

(Redaktion verzerrt)

Von Gustav Janson

(8. Fortsetzung)

In einem flaten Herbstmorgen gingen sie am Bord des Kampfers. Weit im Norden saßen sich der Wasserriepel zu hören, und die Wellen rauschen aus, als schwieben sie auf trippelnden Achsen. —

„So, wie bestimmen Wind,“ bemerkte Alexander mit einem Blick dorthin.

Die Brüder standen auf dem Vordeck, als sich der Kampfer in Bewegung setzte. Seit ihrer letzten Reise war eine so lange Zeit vergangen, dass diese kleine Fahrt von einigen Stunden ein Ereignis wurde.

„Wir müssen wohl hinunter und uns nützen,“ rief Alexander.

Bernhard nickte gelassen, und sie begaben sich hinunter in den vorderen Salon. Eine Weile später kamen sie wieder heraus und wussten sich den Wind mit den Kompassen.

„Weit nach West, West!“ rief Bernhard unwillkürlich aus.

„Was gibt's denn?“ Alexander wurde von der Macht des Bruders angezogen und merkte, wie seine gewohnte Sicherheit schwand.

Der jüngste wiss mit dem Finger zitterte:

„Nur je eine Zuseit mehr,“ rief er mit Anstrengung. Der Bruder hielt Stellung seiner Stimme rührte eine Sazze im Herzen des ältern.

„Was geht uns die verbauten Züge und das so drohnen an?“ rief Bernhard eifrig fort, als liege es ihm daran, den Bruder zu überreden.

Der jüngste Augenblit erinnerte die Schiffsschiffe vor der Brüder an der Küste. Er rührte bestürzend, langsam nach der Seite zu und sagte:

„Wir haben ja eigentlich nichts in Stockholm zu tun. Heinen wir an der Seite an.

Bernhard sah den Bruder dankbar an und drehte sogleich mit nachdrücklichem Gesicht:

„Wir sind ja beide hier geweiss.“ worauf er sich in eine Reihe von Gründen versetzte, weshalb sie aufzuhören würden. Bernhard lachte ihn aus. Er hatte zufrieden, um zu leben, ob es möglich wäre, zwischen den vielen Ländern auf der anderen Seite des Ozeans einen schwächeren Platz zu entdecken.

Sehr der Regierung Ebert-Scheidemann die Schuld an den jetzigen Misshänden zu. Ein Sparatist, Bauermeister, sagte, wenn die Regierung Ebert-Scheidemann belebt würde, würde auch Ruhe und Ordnung eintreten. Eine Begründung könnte er natürlich nicht geben. Er erzählt hiermit die Gemüter der Bevölkerung. In seinem Schlusswort widerlegte Genosse Hahn die Ausführungen der beiden Genossen Müller erwähnte die Bekanntmachung, bei Zwischenrufen und Ausschreibungen der Unabhängigen und Sparatisten nicht nervös zu werden. Genosse Kuhnke behandelte noch einige örtliche Angelegenheiten und wies auf die Wichtigkeit der Wahlen zur Nationalversammlung hin. Genosse Kallebaum forderte auf, die Versammlung der Unabhängigen nicht zu belästigen. Die Versammlung wurde mit einem dreifachen Hoch auf die sozialistische Republik geschlossen. —

Wahlkreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

Barleben, 14. Januar (Im „Schwarzen Adler“) fand hier am 10. Januar eine Versammlung der Deutschen Demokratischen Partei statt. Redner war Studenten Rommel. Er will unter allen Umständen verhindern, dass die Sozialdemokratie die Mehrheit erhält. Von unseren Genossen Hoff, Richter, Eggert und Thauerkuß wurde ihm entgegneten. Männer und Frauen von Barleben besuchten unsere Wählerversammlung am Mittwoch, 15. Januar, abends 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, es ist unsere letzte Versammlung vor der Wahl. —

Dahlerow-Barleben, 14. Januar. (In einer Bewegung der Landarbeiter) Nachdem die Landarbeiter sich Mann für Mann der Organisation angeschlossen hatten, wurde am 29. Dezember in einer Lohnvergung eingetreten. Jedoch weigerten sich die Arbeitgeber, in irgendeiner Weise mit dem Verband zu verhandeln. Nachdem alle Versuche, in Güte eine Versammlung herbeizuführen, gescheitert waren, trat die ganz landwirtschaftliche Arbeiterschaft am 11. Januar in den Ausstand. Arbeiter werden gewarnt, hier Arbeit zu suchen. —

Meigendorf, 14. Januar. (Sozialdemokratie und Nationalversammlung) Hierüber sprach in einer sehr gut besuchten Versammlung Hauptfaktor Dr. Böster. Die interessanten in ruhiger Erzählung vorgetragenen Aussführungen des Faktors fanden den ungeteilten Beifall der Anwesenden. In der Diskussion trat der Ortsälteste für die bekannten Forderungen der Kirche ein, die vom Referenten in vornehmer, sachlicher Weise beantwortet wurden. Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie schloss die Versammlung. Wie groß die Bezeichnung für unsre Sache ist, zeigte sich auch daran, dass abermals 100 Mark dem Wahlkunds überwiesen werden konnten. —

Altshaldensleben, 14. Januar. (In einer Volksversammlung am Sonnabend referierte Genosse Pölich. Er leitete die Ziele der Sozialdemokratie klar und ohne zu rasieren. Bezeichnung an der Wahl am 19. und 26. Januar auf. Redner wurde von Genossen Juno (Hunzibar) häufig unterstellt; beide erzielten einen Beifall. Genosse Schröder forderte alle geweihten Kriegsteilnehmer auf, nur der Sozialdemokrat ihre Stimme zu geben. Herr Pastor Berling erklärte, in vielen Dingen mit den Zielen der Partei einverstanden zu sein, trotzdem er kein Sozialdemokrat sei. —

Das Parteijekretariat ist unter Nr. 691 an das Fernsprechamt angegeschlossen. Magnus Gebhardt.

Wahlkreis Herzberg 1 und 2.

Das Parteijekretariat ist unter Nr. 691 an das Fernsprechamt angegeschlossen. Magnus Gebhardt.

Versammlungen.

Die angestrebten Wählerversammlungen des Kreises waren alle gut besucht und zeigten von überaus großem Vertrauen, welches die Landbevölkerung der Sozialdemokratie entgegenbringt. In Altendorf referierte Genosse Herzog (Magdeburg); seine Worte, die in der Meinung gipfelten, keinen Aktionsplan zu wählen, fanden lebhafte Beifall. Die Sammlung ergab 32,48 Mark, in Teubensdorf 14,50 Mark. In Woltersdorf sprach Genosse Niederschmidt, auch hier zeigte er geprägte Unterstützung vom guten Geiste für unsre Sache. 27,60 Mark war der Klingende Erfolg. In Groß-Wusterwitz fesselte Genosse Fabian ebenfalls unter reichen Beifall die Anwesenden. 46,81 Mark wurden der Parteiausflug überwiesen. In Grabow sprach am Montag in einer Versammlung, wie sie noch nie im Orte getagt hatte, Genosse Niederschmidt. Volle Zustimmung erzielte der Redner mit seinen mahnenden Worten, nicht am Wahltag Kapitalsinteressen, sondern eigene Arbeiterinteressen zu vertreten. So verordnete Siegfried in Burg (Burg) sprach am 11. und 12. Januar in Berlin, Gräben und Görzke vor gut besuchten Versammlungen über „Die Sozialdemokratie und die Nationalwahlen“. Für den Wahlkunds gingen ein in Gräben 9,00, in Görzke 39,00 Mark.

Großwusterwitz, 14. Januar. (Die Befreiungskriege.) die für die Stadt Burg bestimmt sind, gelten auch für unser Dorf. Die Preisliste muss im Berlauftaum aushängen. Die Frauen müssen die Bezeichnung beachten, damit die Alagen anhören wegen der Buchpreise, die bisher verlangt werden. —

Wahlkreis Rasbe-Aschersleben.

Versammlungen im Bezirk Schönebeck.

Siebzehn öffentliche Wählerversammlungen fanden statt: In Groß-Salze sprach Frau Hartmann, Kelzelebenen, Stadtverordneter Senft, Grünewald, Stadtverordneter Ladewig, Elbenau, Großdöllnitz für Popken, Eggersdorf für Geschäftsführer Popken und in Schönbeck, Eisenbahnoberdirektor Heinemann. Sämtliche Versammlungen waren sehr zahlreich besucht. Bei sämtlichen Besuchern

der Versammlungen war festzustellen, dass ein großes Interesse für die Nationalversammlung vorhanden ist. —

Ashersleben, 14. Januar. (Die Demonstration) am Sonntag gestaltete sich zu einem imposanten Aufzug. Aus der Johanniskirche legte sich ein Zug mit roten Fahnen und Schülern nach dem Marktplatz in Bewegung. Hier trafen die Teilnehmer des am „Boll“ formierten Zuges unter Vorantritt der Verwundeten zusammen. In geschlossenem Zuge folgten die Teilnehmer nach dem Goetheplatz. Hier sprach Genosse Heine (Berlin). Seine Aussführungen fanden reichen Beifall. Hierauf fand nochmals ein Umzug nach der Herrenteile statt, worauf sich der Zug nach einigen anfeuernden Worten des Genossen Müller aufstellte. — Versammlung in den Ortsteilen Winnenden, Königsau, Schadelsleben, Friedrichsau, Gatersleben, Schleiden, Hochstedt und Börnecke fanden am Sonntag Versammlungen statt, in denen die Genossen Appelt, Schuboth, Greiner sen. und jun. sprachen. Alle Versammlungen waren zahlreich besucht, der Geist für unsre Partei war ein außerordentlicher. In einigen Versammlungen traten schlichtere Vertreter der demokratischen Partei vor, mit denen unsre Redner Abrechnung hielten. — Die Stadtverordneten-Sitzung beschäftigte sich mit der Wahl eines beauftragten Magistratsmitglieds. Genosse Müller wurde mit 33 Stimmen gewählt. Bei der Wahl eines unerwählten Magistratsmitglieds wurde Genosse Greiner mit 34 Stimmen gewählt. Müller gab die Erklärung ab, dass diese Wahlen sich erst durch die Revolution haben ermöglichen lassen, obgleich in anderen Städten das gleiche schon früher geschehen sei. Über die Arbeitslosenfrage sprach Stadtverwaltung Müller. In seinen Aussführungen nahm er Bezug auf die Forderungen, welche von den Arbeitslosen hinsichtlich der gewünschten Sätze gestellt sind. Die Forderungen seien zu prüfen und sollten eine gerechte Beurteilung finden. Bei der Wahl der Kommissionen wurden unsre Genossen in entsprechender Weise berücksichtigt. — Auf die am Donnerstag den 16. Januar im „Prinz von Preußen“ stattfindende Versammlung des Bundes der Kriegsbeschädigten, in welcher Arbeiterschaftsrat Krüger (Magdeburg) spricht, wird besonders hinzuweisen. —

Wahlkreis Oschersleben-Halberstadt-Bernigerode.

Halberstadt, 14. Januar. (Die Ortsgruppe Halberstadt) des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten und ehemaliger Kriegsteilnehmer hatte zu einer Begrüßungsfeier der heimgekehrten Krieger zum 8. Januar 1919 in den „Wiener Hof“ eingeladen. Der Vorsitzende begrüßte die Erkennenden. Dann erläuterte er Zweck und Ziele der Organisation. Für Unterhaltung sorgte die Musik des Kürassier-Regiments Nr. 7, der Arbeiter-Sängerbund sowie ein Bläserklub. Die Feier nahm einen schönen Verlauf und eine Anzahl Kameraden schloss sich der Organisation als Mitglieder an. —

Wahlkreis Salzwedel-Gardelegen.

Gardelegen, 14. Januar. (Die erste Gardelegen-Demonstration.) Am Sonnabend Abend fand im „Deutschen Kaiser“ eine öffentliche Wahlversammlung statt. Arbeiterschaftsrat Brandenburg sprach über die Revolution und die kommenden Wahlen. Der große Saal war mit über 1000 Personen besetzt und jubelte über Genossen Brandenburg empfangen. Der infolge Zugabe erst um 9 Uhr eintrat. Redner bemerkte, dass die konervative Sache sauf siehe, da die Herren Unterherrschen sammeln könnten, um so Stimmen zu fangen. Die Frauen sollten alle geöffnet zur Wahl gehen, damit die Mehrheitssozialisten die Oberhand bekommen. Sollten die Konservativen, die unter dem Namen Deutschnationale Volkspartei segeln, die Mehrheit erhalten, dann ist es sicher, dass die Frauen zum letzten Male gewählt haben. Redner gab bekannt, dass die Konservativen früher wollten und was sie jetzt wollen. Zum Schluss gab er einen Überblick über das Programm der Sozialdemokratie. Der Vorsitzende gab bekannt, dass aus der Versammlung ein Antrag eingegangen sei, am Sonntag vormittag einen Demonstrationzug zu veranstalten zum Zeichen, dass wir geschlossen hinter der Regierung stehen, sowie gegen die Unabhängigen und Spartakusgruppe. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Am Sonntag vormittag sammelten sich dann circa 400 Personen an, die nach und nach bis auf 1500 Personen anwuchsen. Beim Landratsamt und „Kreisanzeiger“ wurde holtgemacht und Plakate gehalten und zum Schluss ging es zur Domäne Diensthabke hinaus. Hier wurde an den Besitzer, der den „Kreisanzeiger“ leitet, verlangt, dass die Konservativen fortan eingeschlossen und geweissigt werden. Dieses Versprechen gab dann der Besitzer den Demonstranten aus dem Schlosshof. Hierzu ging die Volksmenge ruhig nach Hause. Leider kam ein Zwischenfall vor. Ungerächt acht Männer machten dem „Kreisanzeiger“ einen abermaligen Besuch und versuchten gewaltsam in das Gebäude einzudringen, wobei dem Redakteur allerlei Schmeichelworte gezeigt wurden. Am Sonntag Nachmittag fand dann im Saal des „Deutschen Kaisers“ eine öffentliche Wahlversammlung der Deutschen demokratischen Partei statt, in der der Vorsitzende Dr. Böhme sprach. Er will keine Listenvereinigung mit den andern Partien. Er will aber auch keine Vereinigung mit den Mehrheitssozialisten. Kein Landwirt und kein Handwerker dürfen konjunkturieren. — (Zwei Wilderer) wurden in der Wetterauer Först abgefangen und festgenommen. Zwei Haine und neun Kaninchen wurden ihnen abgenommen, die dann Lazarett überwiesen wurden. — (Die Butterausgabe) für die kommenden 2 Wochen darf stattfinden. Zur Ausgabe gelangen die Mengen wie bisher. —

Seit jener Reise, aus der nichts wurde, sind einige Jahre verstrichen. Die seltsame Narthe, die die Brüder ergriff, sobald sie nur daran dachten, bloß auf einen Tag ihren Hof zu verlassen, hat nie geliebt, wie nun sie mit ihrer Engel vertraut sind. Die Fahrt ist auch nicht wiederholt worden; stattdessen ist das neue Haus auf der Landzunge jeden Sommer vermietet.

„Das bringt gute Zügel,“ sagt Alexander und fügt hinzu, um gewissermaßen den Bruder zu trösten, der jedesmal erträgt, sobald das Haus erwähnt wird:

„Es war gar nicht so dummkopf, Dir, das zu bauen.“ Ihr Gedächtnis nach Umgang mit andern Menschen wird durch diese Freundschaft aufgestiegen, mit denen sie einige Monate hindurch verbrachte. Im Winter ziehen sie an der Erinnerung. Die fünfzig Jahre haben sie schon längst hinter sich, und sie geben dem Greisenalter nicht derzeitlichen Rückenwind.

„Sie gehen nicht so nah an den Nutzen von mir,“ sagt Alexander und zieht sich zurück in die Küche hinzu. Schaut Alexander nachdrücklich drein. Damit es nicht den Andenken habe, als ginge ein ganzer Arbeitstag verloren, legt er die Jagdhornetze neben dem Bruder auf die Bank und verlässt sein Hof, wenn dieser mit leeren Händen heimkehrt. Das Verhältnis zwischen den Brüdern kann nicht schöner gedacht werden. Steis sind nie einer Meinung und das Verhältnis des einen ist für den andern bindend. Auf der Insel ist es allgemein bekannt; da aber die Menschen überall einander gleichen, schüttet man bedenklich den Kopf über das, was einem ungemein ungerecht vorkommt.

„Man muss abwarten, wie lange es dauert,“ sezze Andersson. Er kann es nicht vergeben, dass er es nicht war, sondern Leitermanns Jungs, die sagen sollten. Ritter Bergström ist derzeitlich in der Insel und sie erzählen von kurzem äußerst gehörnisvoll, sie habe gekämpft, wie die Brüder miteinander gerungen und sich richtig geärgert hätten. Selbstverständlich wurde die Geschichte über die Insel verbreitet — wie alle Geschichten der alten Bergström —, aber zu Ehren der Brüder geangelt sie nicht.

„Das ist ein Kurs von Wahrsagern daran war, kann der Sommergarten bestätigen. Er hatte Pilze geärrt und kann mit der ersten Ernte des Jahres zum Gelege des Brochfisches.“ Wie er gerade im Begriff war, hinunter zu Herren, entdeckte er Bernhard, der gerade auf dem Felde lag. Er lag auf dem Felde und mühlte mit beiden Händen in der schwarzen Erde. Es waren, als ginge ihm ihr Anblick nicht, als müsse er sie auch rütteln. Alexander

stand in einiger Entfernung. Auch er hatte beide Hände voll Erde und hielt sie vor sein Gesicht, als wollte er sie kosten oder gar rütteln. Aber dem war nicht so, er atmete nur den Humusduft ein.

Nach einigen Minuten erhob sich Bernhard und ging zum Bruder hin. Diesem legte er seine beiden erdigen Hände auf die Schultern und sah ihm in die Augen. Alexander folgte seinem Beispiel und beide Br

masch 55 616 (16), die Unabhängigen 51 668 (14) und die Demokraten 48 291 (13). Die Unabhängigen hatten immer besagt, die Schiedsmänner seien im Lande Braunschweig nur ein ganz kleines Häuslein. Und wie haben sie gearbeitet! Mit allen Regierungsautos und allen möglichsten und unmöglichsten Entstehungen und persönlichen Verleumdungen. Einige Wochen vor den Stadtvorwahlen und Landtagswahlen wurden zwischen der alten Partei und den Unabhängigen Verhandlungen geführt über die Ausstellung einer gemeinsamen Liste zu den Wahlen. Die S. P. D. verlangte von der unabhängigen Parteileitung u. a. Anerkennung des Erfurter Programms und Trennungstricht gegen die Spartakusleute. Die letzte Forderung wurde als ganz undiskutabel abgelehnt, da die Spartakusleute aus der unabhängigen Partei nicht ausgeschlossen werden könnten! Der Erfolg bei der Wahl — 7000 Stimmen mehr als die Unabhängigen mit Spartakus — beweist, daß die Genossen in Braunschweig richtig handelten, als sie sich mit den Halb- und Ganzanarchisten nicht einließen.

Bauernfang.

Der Bauernfang gehört zu den ältesten Gewerben der bürgerlichen Gesellschaft. Durch „Bauernfängerei“ in den Städten hat der Vorfahr so manches Liberalen den Grund zum Reichtum gelegt, von dem die Nachkommen jetzt noch zeihen. Durch Bauernlegen — das heißt durch Verreibung der Bauern von ihrer Scholle — haben die „Ritter“ und „Barone“ den großen Grundbesitz zusammengebracht, mit dessen Hilfe die heutigen Junker bisher Bauern, Arbeiter und das ganze Volk ausplünderten könnten.

Heute sind die konservativen Bauernleger mit den liberalen Bauernfängern gemeinsam am Werk, um die Bauern zu Wahlzwecken einzuseifen. Sie benutzen als Seife wie noch in jedem Wahlkampf allerhand gefälschte und aus dem Zusammenhang gerissene Blätter aus sozialdemokratischen Schriften, die die „Bauernfeindschaft der Sozialdemokratie“ nachweisen sollen.

Es lohnt nicht, auf all den Schwund immer aufs neue einzugehen. Die Kleinbauern und die ländlichen Arbeiter wissen nur zu gut, wo ihre wirtschaftlichen Gegner liegen. Denn sie haben mit den konservativen Großgrundbesitzern allesamt die bittersten Erfahrungen gemacht, während sie wissen, daß die Sozialdemokratie immer für das Wohl der arbeitenden Bevölkerung in Stadt und Land eingetreten ist.

Um einem Beispiel aber wollen wir doch nachweisen, wie man in der bauernbündlerischen und agrarischen Presse fälscht. Dazu wird mit Vorliebe aus den Verhandlungen des Breslauer Parteitags der Sozialdemokratie vom Jahre 1895 (!) über die Agrarfrage zitiert, und zwar ist es hauptsächlich der inzwischen zu den Unabhängigen übergetretene Karl Kautsky, der den agrarischen Demokraten Stoff für ihre verlogenen Behauptungen geben muß. Zu den agrarischen Flugblättern heißt es:

Der jetzige sozialistische Staatssekretär Kautsky erklärte auf dem Breslauer Parteitag:

Für die Erhaltung des Bauernstandes einzutreten, haben wir keinen Grund, denn das könnte nur geschehen, wenn wir sie in ihrem Besitz bestätigen, also entgegengesetztes verfahren wie sonst.

Es ist richtig, daß Kautsky diesen Sach geprächen hat, aber es schwiege er wird, daß er unmittelbar hinzufügte:

Wir müssen zu dem verweisen, den Bauer gehen und ihm anprüfend an seine Lage nachweisen, daß sie keine vorübergehende ist, sondern naturnotwendig aus der kapitalistischen Produktionsweise entspringt und daß ihm nur die Verwaltung der Gesellschaft in eine sozialistische helfen könne...

An anderer Stelle sagt Kautsky, was die Agrardemokraten ebenso sorgsam verschweigen:

Wir wissen, daß wir den Entwicklungsgang des Kapitalismus nicht hemmen können, daß wir nur dafür sorgen können, daß der Arbeiter körperlich und geistig widerstandsfähiger wird. Daselbe Ziel müssen wir uns auch gegenüber der landwirtschaftlichen Bevölkerung setzen, auch die dürfen wir nicht verkommen lassen. Unser Programm hat ja heute schon Fortsetzung in dieser Hinsicht; ich erinnere an die Unentgehnlichkeit des Volksschulunterrichts und die Verstaatlichung der örtlichen Hilfen.

Sieht das aus wie Bauernfeindschaft? Wer die ähnliche Bevölkerung verkommen lassen will, sind nicht die Sozialdemokraten, sondern jene Kreise, die den Privatkapitalismus bestehen lassen wollen.

Ist die Sozialdemokratie religionsfeindlich?

Die bürgerlichen Parteien erheben mit zunehmender Schärfe gegen die Sozialdemokratie den Vorwurf der Kirchen- und Religionfeindschaft. Der Zweck dieses Dreiecks ist klar: die bürgerlichen Parteien wollen die Masse der Wähler und Wählerinnen mit diesem Geschrei abschrecken machen und ihnen den Blick trüben für die Erkenntnis der angeborenen Sündhaftigkeit, die diese Parteien durch ihre politisch und kulturfeindliche Politik auf sich geladen haben, einer Politik, die ihren tragurigen Höhepunkt in dem durchgreifenden Eindruck dieses Krieges gefunden hat. Die Einträge des ganzen Kriegsjahrs haften noch zu unmittelbar in der Seele des deutschen Volkes, als daß man glauben möchte, sie könnten durch schmutzige Wahlmanöver verwischt werden. Immer scheinen wir uns veranlaßt, die größten Verleumdungen der Gegner in folgendem richtigzustellen:

Es ist untrüglich, daß die Sozialdemokratie den Vernichtungskampf gegen Kirche und Religion auf ihre Fahne geschrieben hat. Wir weisen diese Lüge mit Entschließung zurück.

Wahr ist vielleicht, daß die Sozialdemokratie die Religion als eine private Herzenssache jedes einzelnen Menschen ansieht und sie dazu machen will. Es wird dadurch verhindert, daß die Religion zu einer Geschäftssache oder zu einem Mittel des guten Fortkommen erniedrigt wird, wie es leider bisher sich als notwendige Folge der Verbindung von Staat und Kirche ergeben hat.

Es ist eine Lüge, wenn gesagt wird, Trennung von Staat und Kirche wäre gleichbedeutend mit der Unmöglichkeit, Religionsunterricht zu erteilen.

Die Wahrheit ist, daß Religionsübung und Religionsunterricht erst dann völlig frei wären. Es soll keinerlei Zwang mehr seitens des Staates auf diejenigen ausgeübt werden können, deren Weltanschauung eine andre ist als die der staatlich anerkannten Religionsgemeinschaften. Jeder soll eben nach seiner Fasson felig werden.

Eine Verleumdung ist, wenn behauptet wird, daß die Sozialdemokratie die Einziehung des Kirchenvermögens und des Kirchenguts wolle.

In Wirklichkeit denkt kein Sozialdemokrat daran, rechtmäßig ermordenes Privatgut, also auch das der Kirchen, einzutragen. Daß dieses Kirchengut im selben Maße zur Sicherheit herangezogen werden muß wie jedes andre Vermögen, ist bei den durch den ungünstlichen Ausgang des Krieges verursachten Lasten eine Selbstverständlichkeit und bedeutet kein Unrecht und keine Konfisziation.

Zum Schluß erläutern wir, daß wir nach wie vor auf dem Standpunkt stehen, daß alle kirchenpolitischen Maßnahmen auf dem ordnungsgemäßen Wege der Gesetzgebung erfolgen müssen und daß dabei alle Rücksicht auf die religiösen Bedürfnisse und wirtschaftlichen Interessen der Kirchengemeinschaften genommen werden muß —

25 moderne Zeugnisabschriften 1,50 Mark. Stadt sucht Lehrlinge. Gefällige Inv. Nrs., Magdeburg-L., Angebote unter F. W. O. Posttag. Eisleber Str. 1. 80% Pommelte, Kreis Calbe, erbet.

Bekanntmachung.

Die Markenausstellstelle für das Polizei-Revier 3 wird vom 15. Januar ab vom Bureau des 3. Polizeireviers, Weinstraße, nach Breiteweg 155, 1. Etage, verlegt.

Magdeburg, den 10. Januar 1919. 261

Der Arbeiter- und Soldatenrat. Die städtische Lebensmittelversorgung. Hoffmann. Paul.

Bekanntmachung.

Die Provinzialstelle für Gemüse und Obst hat die Erzeugerhöchstpreise einschließlich evtl. Aufbewahrungsgebühr und Anfuhrprämie bei nächstliegenden Rübenarten mit Wirkung vom 16. Januar 1919 wie folgt festgesetzt:

Gelbe Kohlrüben Vertragssware je Rentner Mark 3,15
Weiße Kohlrüben 2,65
Runkelrüben 2,90
Wasser-, Stoppel- und Matrosen 2,40

Magdeburg, den 14. Januar 1919.
Der Arbeiter- und Soldatenrat. Die städtische Lebensmittelversorgung. Hoffmann. Paul.

A. Wahlvorschlag Albrecht.

1. Adolf Albrecht, Schneidermeister in Halle a. d. S.
2. Alwin Brandes, Stadtverordneter in Magdeburg
3. Ernst Theising, Arzt, Dr. med. in Magdeburg
4. Hermann Fissel, Monteur in Burg b. M.
5. Friedrich Mebes, Schlosser in Magdeburg
6. Albert Bader, Gastwirt in Magdeburg
7. Gustav Engelhardt, Krankenfondskämter in Halberstadt
8. Hermann Krull, Lagerhalter in Magdeburg
9. Gustav Grüne, Treiber in Magdeburg

B. Wahlvorschlag Landsberg.

1. Otto Landsberg, Rechtsanwalt u. Notar in Berlin
2. Wolgang Heine, Vorsitzender des Staaatsrats in Dessau
3. Hermann Silberschmid, Stadtverordneter in Köpenick-Hohenholz
4. Hermann Reins, Parteisekretär und Stadtrat in Magdeburg
5. Ferdinand Bender, Gewerkschaftsbeamter in Elberfeld
6. Paul Bader, Chirurg in Magdeburg
7. Minna Volmar, Chirurgin in Halberstadt
8. Magnus Schmid, Parteisekretär u. Stadtrat in Burg b. M.
9. Richard Nitsch, Stadtvorordneter in Magdeburg
10. Ernst Brandenburg, Parteisekretär u. Stadtvorordneter in Stendal
11. Karl Bergermann, Gewerkschaftssekretär in Magdeburg

C. Wahlvorschlag Schieles.

1. Martin Schiele, Küttigpächter und Fabrikant in Schöllene bei Rathenow
2. August Lenzke, Dr. Staatsminister a. D. in Halensee b. Berlin
3. Otto Riesebig, Bäckermeister in Quedlinburg
4. Bernhard Kuhl, Landwirt in Bückeburg, Kreis Stendal
5. Jakob Reichert, Dr. Syndicus in Schöneberg b. Berlin
6. Hugo Jänsch, Geheimer Regierungsrat in Dessau
7. Hedwig Seelmann, Fräulein in Magdeburg
8. Louis Hermann, Rektor in Friedersdorf, Kreis Bitterfeld
9. Konrad Meyer, Lie. Professor in Magdeburg
10. Georg Blaß, Leichhaupmann in Aken a. d. E.
11. Wilhelm Schüßler, Rechtsanwalt in Bernburg.

Ein anderer Stelle sagt Kautsky, was die Agrardemokraten ebenso sorgsam verschweigen:

Wir wissen, daß wir den Entwicklungsgang des Kapitalismus nicht hemmen können, daß wir nur dafür sorgen können, daß der Arbeiter körperlich und geistig widerstandsfähiger wird. Daselbe Ziel müssen wir uns auch gegenüber der landwirtschaftlichen Bevölkerung setzen, auch die dürfen wir nicht verkommen lassen.

Sieht das aus wie Bauernfeindschaft? Wer die ähnliche Bevölkerung verkommen lassen will, sind nicht die Sozialdemokraten, sondern jene Kreise, die den Privatkapitalismus bestehen lassen wollen.

Notizen.

Eisenbahnerstreik? Am Montag mittag fand auf dem Tempelhofer Feld in Berlin eine von etwa 25 000 Eisenbahner und Eisenbahnarbeitern beteiligte Kundgebung statt. Am 10. Januar hatte eine Anzahl Werksabordnungen beschlossen, daß die Eisenbahner, um die Einstellung der britischen Kämpfe in Berlin und den Rücktritt der australischen Regierung zu erwirken, in einen Generalstreik eintreten sollten. Seit dieser Zeit ist ein großer Teil der Arbeiter der Berliner Eisenbahnwerftstätten im Ausland. Zu der Zwischenzeit aber Handlungen mit der Regierung und dem Zentralrat stattgefunden. Der Reichstagskeller teilte mit, daß die Vertreter erschlossen den Generalstreik mit 14 gegen 10 Stimmen beschlossen hätten. Der Besluß ging dahin, der Berliner Werksabordnungen arbeiterhaft zu empfehlen, die Stag in den Generalstreik einzutreten, wenn nicht die Regierung zurücktritt und dem Blutvergießen ein Ende gemacht würde. Genoss Leinert, der Vorsitzende des Zentralrats, erklärte, daß er den Eisenbahner abtreten würde, den Weg zu gehen, den sie gehen wollten. Er wies darauf hin, daß der Generalstreik der Eisenbahner Hunger für ganz Berlin im Gefolge haben werde. Der Einmarsch der Entente sei dann auch sicher. Die Abstimmung soll Dienstag in den einzelnen Werksräten vorzunehmen werden.

Deutschland.

Die bayrischen Wahlen.

* München, 14. Januar. Von 191 rechtsrheinischen Distriktsverwaltungsbehörden liegen die einzuweisenden Wahlergebnisse zum bayrischen Landtag für 147 Distriktsverwaltungsbezirke vor. Hierauf entfallen auf die hauptsächlichsten Parteien:

Bayerische Volkspartei (Zentrum) 754 474, sozialdemokratische Partei 696 433, deutsche Volkspartei 312 182, bayrischer Bauernbund 250 238, nationalliberale und bayrische Mittelpartei 86 153, unabhängige Sozialdemokraten 67 593, Mittelstandspartei 3180, Unteroffizierpartei 9236.

In der Annahme daß durch die noch ausstehenden Resultate daß Stimmenzettel der einzelnen Parteien zu einander sich nicht erheblich verändert, dürften als Ergebnis der Wahlen auf die Bayerische Volkspartei 55 Abgeordnete, auf die sozialdemokratische Partei 50 Abgeordnete, auf die Deutsche Volkspartei 22 Abgeordnete, auf den bayrischen Bauernbund 18, auf die Nationalliberalen 7 und auf die Unabhängigen 4 Abgeordnete entfallen.

Überflüssige „Verhandlungen“.

W. T. B. Berlin, 14. Januar. Der Zentralrat trat am 13. Januar in Verhandlungen mit der Kommission der revolutionären Obelste des Berliner Centralverbandes der Unabhängigen und dem Großberliner Vorstande der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Von den Vertretern der Obelste und der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands wurde gefordert, daß die Regierung durch den Zentralrat abberufen werde. Bei Gründung dieser Forderung wurde verlangt daß die Einzelheit hierüber sofort erfolgen solle. Dagegenüber wurde erwidert, daß eine Gewißheit über die neuen Personen und ohne Feststellung des Programms der neuen Regierung über die Abberufung der sozialen Volksbeauftragten nichts beschlossen werden kann. Die Verhandlungen wurden auf Dienstag nachmittags 3 Uhr vertagt. „Doch die Forderung der revolutionären Obelste ebenso nunmehr ist wie die Verhandlung darüber, ist so einleuchtend, daß kein Wort darüber verloren zu werden braucht. In wenigen Tagen ist die Volkswahl. Und das dann gewählte Parlament wird die neue republikanische Regierung bilden müssen. Bis dahin ist ein Regierungserlass wesentlich nicht nötig.“

Malerarbeiten

in einfach. u. reich. Ausführungen, Schriftmalerei und Antreibearbeiten sowie Zimmerdecken 22 zieren nunmehr entgegen Karl Makowski, Semperstr. Werneroder Straße 49.

Mittags- und Abendisch

1,35 Mt. Anzahlstr. 7 II r.

Geschäfts-Eröffnung.

Aus dem Felde zurückgekehrt eröffnet hierfür

Karl Grube (Osterburg).

abends 6 Uhr, im Gathof Mühl. Referent Karl

Dequede abends 6 Uhr, im Gathof Stendal.

Osterburg abends 7/2 Uhr, Referent Fr. Leue (Tangerhütte).

Stendal abends 7/2 Uhr, F. Krüger (Magdeburg).

Groß-Görsdorf abends 7/2 Uhr, Union. Referent Fr. Holzapfel,

Groß-Ahnsdorf (Magdeburg).

Stendal abends 7/2 Uhr, F. Krüger (Magdeburg).

Groß-Görsdorf abends 7/2 Uhr, F. Krüger (Magdeburg).

Stendal abends 7/2 Uhr, F. Krüger (Magdeburg).

Groß-Görsdorf abends 7/2 Uhr, F. Krüger (Magdeburg).

Stendal abends 7/2 Uhr, F. Krüger (Magdeburg).

Groß-Görsdorf abends 7/2 Uhr, F. Krüger (Magdeburg).

Stendal abends 7/2 Uhr, F. Krüger (Magdeburg).

Groß-Görsdorf abends 7/2 Uhr, F. Krüger (Magdeburg).

Stendal abends 7/2 Uhr, F. Krüger (Magdeburg).

Groß-Görsdorf abends 7/2 Uhr, F. Krüger (Magdeburg).

Stendal abends 7/2 Uhr, F. Krüger (Magdeburg).

Groß-Görsdorf abends 7/2 Uhr, F. Krüger (Magdeburg).

Stendal abends 7/2 Uhr, F. Krüger (Magdeburg).

Groß-Görsdorf abends 7/2 Uhr, F. Krüger (Magdeburg).

Stendal abends 7/2 Uhr, F. Krüger (Magdeburg).

Groß-Görsdorf abends 7/2 Uhr, F. Krüger (Magdeburg).

Stendal abends 7/2 Uhr, F. Krüger (Magdeburg).

Groß-Görsdorf abends 7/2 Uhr, F. Krüger (Magdeburg).

Stendal abends 7/2 Uhr, F. Krüger (Magdeburg).

Groß-Görsdorf abends 7/2 Uhr, F. Krüger (Magdeburg).

Stendal abends 7/2 Uhr, F. Krüger (Magdeburg).

Groß-Görsdorf abends 7/2 Uhr, F. Krüger (Magdeburg).

Stendal abends 7/2 Uhr, F. Krüger (Magdeburg).

Groß-Görsdorf abends 7/2 Uhr, F. Krüger (Magdeburg).

Stendal abends

Achtung, Hausangestellte! Oefftl. Versammlung

(Küchenmädchen, Köchinnen, Aufwärterinnen, Waschfrauen usw.)

Am Mittwoch den 15. Januar 1919, abends 8 Uhr, im

Saal des Walhalla-Theaters, Petersstraße

Zugesetzung:

Unser neuer Arbeitsvorschlag. (Bericht über die Verhandlungen mit der Hausfrauen-Organisation.)

Die Hausangestellten u. die Nationalwahlen.

Referenten: Frau Völke und Redakteur Klühs.

Freie Aussprache.

Alle Berufangestellten sind eingeladen.

Der Zentralverband der Hausangestellten,

Ortsgruppe Magdeburg.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Magdeburg.

Zukerordentliche Versammlung aller Mitglieder

am Donnerstag den 16. Januar, abends 7½ Uhr,

im Panorama.

Zugesetzung: 1. Die Revolution und wir!

2. Aussprache. 108

Bollähniger Behandlung erwartet

Die Verwaltung.

Deutscher Monistenbund und Freireligiöse Gemeinde.

Am Donnerstag den 16. Januar, abends 8 Uhr, in der

Gemeindesalle, Marienstraße 1

Oeffentliche Versammlung

1. Vortrag von Universitätsprofessor Dr. Verwegen (Bonn)

über: Trennung von Staat und Kirche.

2. Aussprache. 128

Die Vertreter der Kirche sind hiermit eingeladen.

Fermersleben.

Donnerstag, 16. Januar, abends 7 Uhr

Oeffentl. Wählerversammlung

Genoss Opderka (Leipzig) spricht über

Revolution, Nationalversammlung und

unabhängige Sozialdemokratie.

Wer sich Klarheit verschaffen will, erscheine in unserer Ver-

ammlung. Alle Wähler und Wählerinnen sind eingeladen.

Das Wahlkomitee der U. S. P.

Rothensee.

Mittwoch den 15. Januar, abends pünktlich

8 Uhr, im Rothenseer Krug

Oeffentl. Wählerversammlung.

Zugesetzung:

Die Wahlen zur Nationalversammlung.

Referent Heinewetter.

Arbeiter, Bürger, Frauen, Soldaten und Beamte, erscheint

in Massen! Sozialdemokratischer Verein Magdeburg.

Barleben.

Am Mittwoch den 15. Januar, abends 7½ Uhr

findet im Gewerkschaftshaus eine

Oeffentl. Wählerversammlung

Tagesordnung:

Die Wahlen zur Nationalversammlung.

Referent: Genoss Institut Dr. Boeker.

Männer und Frauen von Barleben! Diese Versammlung

ist eine gewöhnliche Versammlung. Nur noch Stunden trennen uns von

dem Tag der Wahl, deshalb erscheint in Massen zu dieser Versammlung.

Der Einberuf.

153

Olvenstedt. Olvenstedt.

Oeffentliche Wähler-Versammlungen.

Donnerstag den 16. Januar, abends 7½ Uhr, im

Kaisersaal (S. Schering) und im Landhaus-

Zwei öffentliche

Wähler-Versammlungen.

Tages-Ordnung:

Die Wahlen zur Nationalversammlung.

Referent: Hauptarzt Dr. Böder und Professor Weizsäcker.

Um so lebhafter und eindrücklicher erscheinen

die Eröffnungsreden.

Die Eröffnungsrede.

154

Gerwisch.

Donnerstag den 16. Januar, abends 7½ Uhr, im

Deutschen Saal

Oeffentl. Versammlung

Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Staßfurt.

Mittwoch den 15. Januar, abends 7½ Uhr,

in Deutsches Gesellschaftshaus

Oeffentl. Wählerversammlung.

Zugesetzung:

Die beschließenden Wahlen zur Nationalversammlung.

Referent Reichstagsabgeordneter Bödker.

Eröffnet in großer Zahl in der Saalversammlung auf dem

Marktplatz vor dem Rathaus.

155

Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Barleben.

Am Mittwoch den 15. Januar, abends 7½ Uhr,

im Deutschen Saal

Oeffentl. Wählerversammlung.

Zugesetzung:

Die beschließenden Wahlen zur Nationalversammlung.

Referent Reichstagsabgeordneter Bödker.

Eröffnet in großer Zahl in der Saalversammlung auf dem

Marktplatz vor dem Rathaus.

156

Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Ritter-Panorama

Breiteweg 55, E. 4

Hofland.

Barleben.

Am Mittwoch den 15. Januar, abends 7½ Uhr,

im Deutschen Saal

Oeffentl. Wählerversammlung.

Zugesetzung:

Die beschließenden Wahlen zur Nationalversammlung.

Referent Reichstagsabgeordneter Bödker.

Eröffnet in großer Zahl in der Saalversammlung auf dem

Marktplatz vor dem Rathaus.

157

Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Verband der mittl. Gemeindebeamten der Stadt Magdeburg.

Einladung zur Hauptversammlung

am Mittwoch den 15. Januar, abends 7 Uhr, im Bürgeraal.

Zugesetzung:

1. Vorstandswahl. — 2. Wahl eines Beamtenausschusses.

3. Präsidialerleichterungen. — 4. Gehaltsänderungen.

5. Heiratsverhinderungen. — 6. Satzungsänderungen.

7. Aufnahme neuer Mitglieder. — 8. Verschiedenes.

Um zahlreiches, möglichst vollzähliges Erscheinen wird dringend

gebeten.

Der Vorsteckende. Gurbis

158

Bund deutscher Telegraphenarbeiter, -vorarbeiter und

-handwerker, Sitz Berlin, Bezirksverein Magdeburg.

Freitag den 17. Januar, abends 7 Uhr, in Kunzen-

Restaurant, Peterstraße 21

227

Versammlung.

Alle Kollegen und Kolleginnen sind hierzu herzlich will-

kommen.

Der Vorstand. F. B. B. H. B.

159

Deutschösterreicher

melden sich zur Sicherung des Wahl-

rechts für die Nationalversammlung

Mittwoch 9 bis 3 Uhr

bei Cordes, Moltkestr. 12b

Heimatpapiere mitbringen!

Magdeburg

160

Nur für Inhaber roter Pferdefälschen.

Am Donnerstag den 16. Januar, vormittags 9 Uhr, sollen

im Pferdelazaret 21, Herrenkrug-Chaussee

100 Truppenpferde

unechtlidig versteigert werden. Zugang zur Auktion nur elektrische

Holzstelle Margarethenhof aus. Pässier sind mitzubringen.

212

Wer seine Schuhe mit Magol behandelt,

Jederzeit wie auf Lackschuhen wandelt.

298

Magol ist überall zu haben.

299

Hermann Bleicher

Tischlerbrücke 3.

Fachgemäße Herstellung von

fünftlichen Gliedern, orthopädi-

chen Apparaten, Bruchbändern

und Leibbinden

359

in 3 eigenen Werkstätten mit Kraftbetrieb in fürgestalter

Getreidekammer für Damenschuhe.

160

Auskunft umsonst bei

Plättkohlen

(buchenholzähnlich) liefernd satz.

Scharter & Knüppel

Kaisersd. 6. Kaiserstr. 6

Telephon 684.

Konsumentverein für Niedera-

dodeleben, Schwarzb. u. II.

E. G. m. b. h. 3. Niedera-

dodeleben ausgestreute Lager-

haltestelle ist besetzt und jeden

</